



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am 9. Mai 2017
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Aglaja Beyes

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 15/17.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

öffentliche Sitzung

Tagesordnung

0024 Tagesordnung

1. Punkt 4 und Punkt 4.3 werden auf Wunsch der Antrag stellenden Fraktionen in der nächsten Sitzung des Ausschusses behandelt.
2. Ansonsten werden keine Bedenken gegen die Tagesordnung erhoben.

Einstimmig

0025 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 21.03.2017 wird genehmigt.

Einstimmig

0026 17-F-21-0024

Zeitgemäßes "Politisches Informationssystem Wiesbaden (PIWi)"
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 21.04.2017 -

Der Änderungsantrag der Fraktion L&P wird von den Antrag stellenden Fraktionen übernommen.

Auf Antrag der FDP-Fraktion wird der Antrag um einen Punkt zur Kostenfrage ergänzt und wie folgt angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Benutzeroberfläche des PIWi so zu modernisieren, dass sie Endgerät-unabhängig nutzbar ist;
2. sicherzustellen, dass öffentliche Tagesordnungen und Sitzungsvorlagen vor den Sitzungen online einsehbar sind;
3. das PIWi an prominenter Stelle auf der Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden zu verlinken;
4. zur Nutzung an mobilen Endgeräten eine PIWi-App zu entwickeln und diese in die App „Wiesbaden +“ zu implementieren,
5. über den Fortschritt von Release 2.1 und 2.2 für das Politische Informationssystem Wiesbaden zu berichten (vgl. Anlage zur Sitzungsvorlage 16-V-20-0036),

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

6. einen aktualisierten Projektzeitplan vorzulegen und

7. den Ausschuss über die anfallenden Kosten zu informieren.

Einstimmig

0027 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Der mündliche Bericht der Stabsstelle Bürgerbeteiligung wird zur Kenntnis genommen.

0028 17-F-10-0006

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- Antrag der AfD-Fraktion vom 21.03.2017 -

Der Antrag wird vor Eintritt in die Tagesordnung von der Antrag stellenden Fraktion zur Beratung in der Sitzung des Ausschusses am 20.06.2017 vorgesehen.

Einstimmig

0029 17-F-21-0021

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 30.03.2017 -

Der gem. Antrag wird bei

Enth. AfD angenommen.

0030 17-F-05-0012

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der FDP vom 30.03.2017 -

Der Antrag wird bei

Enth. AfD angenommen.

0031 17-F-08-0019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- Antrag der Fraktion L&P vom 30.03.2017 -

Stv. Dr. Wittkowski und Stv. Rutten beantragen die abschnittsweise Abstimmung des Antrages.

Der Antrag wird von der Antrag stellenden Fraktion mit dem Hinweis, dass er evtl. überarbeitet wird, für die Beratung in der Sitzung des Ausschusses am 20.06.2017 vorgesehen.

0032 17-F-01-0003

Für Entwicklung am Ostfeld/Kalkofen Vorbilder und Erfahrungen nutzen
Antrag der Fraktion SPD vom 25.01.2017

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik schließt sich grundsätzlich der Beschlussfassung der Ausschüsse an, die sich mit diesem Thema bereits befasst haben, gibt aber zusätzlich Fragen zu Protokoll.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.03.2017 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik bittet den Magistrat, folgende Fragen zu berücksichtigen:
 - Welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung kann es bei dem Projekt Ostfeld/Kalkofen geben?
 - Wie sieht das mögliche Konzept zur Bürgerbeteiligung für das Projekt Ostfeld/Kalkofen aus?
 - Ist ein Breitbandausbau in dem neuen Gebiet geplant?
3. Die Fraktionen werden gebeten, dem Amt der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von 2 Wochen weitere Stichpunkte bzw. Fragen zu fachspezifischen Themenbereichen vorzulegen, die dann bei der Informationsveranstaltung Berücksichtigung finden.

Einstimmig

0033 16-F-02-0034

Onlinevergabesystem für Bürgerhäuser
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.11.2016 -

Herr Kremer - 20 ITM - teilt auf Nachfrage mit, dass sich die im Bericht genannten Kosten von ca. 10.000 € eher auf den Support und nicht auf das Hosting beziehen.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 9. Mai 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Man könnte das Produkt auch selber hosten. Er warnt aber davor, das Programm auf den internen Server zu setzen.

Der schriftliche Bericht vom 19.04.2017 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0034 17-F-08-0005

Breitbandausbau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion L&P vom 31.01.2017 -

Der schriftliche Bericht vom 14.03.2017 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0035 17-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI (Wiesbaden-Schierstein)

Einstimmig

0036 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

Anlagen

Wiesbaden, .05.2017

Vorsitzender

Schriftführerin

Beyes

Koba